

Auftrag Menghini-Inauen betreffend Sicherung der dezentralen Zollstrukturen und der Grenzsicherheit im Kanton Graubünden

Die Standesinitiative (Auftrag Hitz-Rusch) von 2017 forderte den gezielten Ausbau des Grenzwachkorps. Stattdessen wurde der Personalbestand des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) in Graubünden von 64 auf nur noch 55 Stellen reduziert – trotz der sicherheitspolitischen Bedeutung des Grenzraums. Dieser Rückbau erfolgt im Rahmen des bundesweiten Transformationsprojekts DaziT, das eine digitale und strukturelle Neuausrichtung des BAZG vorsieht. Die fortschreitende Zentralisierung und der damit verbundene Personalabbau führen zu einer spürbaren Schwächung der staatlichen Präsenz in Graubündens Grenzregionen. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wird geschwächt, die Zuverlässigkeit und Qualität der Zollabfertigung sinkt infolge fehlender Kontrollkompetenz vor Ort und der Einsatz mobiler Patrouillen führt zu längeren Reaktionszeiten.

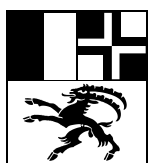
Gleichzeitig verfolgt der Bund mit dem Projekt «Entflechtung 27» eine Neuregelung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Dies betrifft auch den Bereich Grenzschutz und es droht eine operative Lücke. Im Kanton Graubünden mit über 430 km Landesgrenze und sicherheitspolitisch sensiblen Übergängen besteht das Risiko, dass diese Besonderheiten unzureichend berücksichtigt werden und dezentrale Strukturen noch mehr unter Druck geraten. Diese Entwicklung erfordert eine klare, koordinierte und vorausschauende Positionierung des Kantons gegenüber dem Bund in Bezug auf ein dezentral aufgestelltes und reaktionsschnelles Sicherheitsdispositiv im Grenzraum, das den topografischen Gegebenheiten Rechnung trägt.

Die Regierung wird deshalb beauftragt, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit frühzeitig, aktiv und koordiniert auf allen politischen und behördlichen Ebenen für die Sicherung der dezentralen Zollstrukturen und der Grenzsicherheit einzusetzen. Insbesondere soll die Regierung:

1. sich gegenüber dem Bund (BAZG, EFD, zuständige parlamentarische Kommissionen) dezidiert gegen weitere Zentralisierungen und Personalabbau von Zoll und Grenzsicherheit im Grenzraum aussprechen und den spezifischen Bedarf Graubündens aufzeigen;
2. sich für eine differenzierte Umsetzung des Projekts DaziT einsetzen, welche die topographischen, sicherheitspolitischen und regionalwirtschaftlichen Besonderheiten des Kantons berücksichtigen und dezentrale Strukturen stärkt;
3. sich im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren KKJPD und des Projekts «Entflechtung 27» für die Wahrung der kantonalen Interessen hinsichtlich der sicherheitspolitischen Ausgestaltung der Grenzümgebungen und der grenzpolizeilichen Präsenz und Interventionsfähigkeit im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung einzusetzen;
4. bei den zuständigen Stellen des BAZG darauf hinwirken,
 - a) dass am Zollstandort Müstair sowie an den weiteren Zollposten im Kanton eine auf die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft zugeschnittene Zollabfertigung gewährleistet ist;
 - b) dass die Überführung in den regulären Bereich des Pilotprojekts auf der Ofenpass-Achse (Einsatz mobiler Patrouillen für die Zollabfertigung) nochmals kritisch überprüft wird;
5. dem Grossen Rat einmal pro Legislatur Bericht erstatten über Entwicklungen im Bereich Zoll und Grenzsicherheit sowie über die Wahrung der kantonalen Interessen gegenüber dem Bund.

Chur, 22. Oktober 2025

Menghini-Inauen, Michael (Castasegna), Lamprecht, Adank, Bärtsch, Bavier, Berweger, Binkert, Brandenburger-Caderas, Brunold, Bundi, Candrian (Flims Dorf), Casutt, Censi, Cortesi, Crameri, Crüzer, Della Cà, Dürler, Furger, Gort, Grass, Heim, Jochum, Koch, Krättli, Lehner, Mani, Metzger, Padrun, Righetti, Roffler, Sgier, Thür-Suter, Zanetti (Sent)



Sitzung vom

13. Januar 2026

Mitgeteilt den

15. Januar 2026

Protokoll Nr.

19/2026

Auftrag Menghini-Inauen

betreffend Sicherung der dezentralen Zollstrukturen und der Grenzsicherheit im Kanton Graubünden

Antwort der Regierung

Die Thematik des vorliegenden Auftrags war in den letzten zehn Jahren verschiedentlich Inhalt von parlamentarischen Vorstössen im Grossen Rat und auch einer Standesinitiative des Kantons Graubünden (und anderer Grenzkantone). Die Regierung hat sich dabei stets zu den Zielen der parlamentarischen Vorstösse aus dem Grossen Rat bekannt und in Übereinstimmung mit diesen gehandelt. So haben sich die Regierung und die kantonalen Behörden in dieser Zeit beim Bund laufend aktiv für die Interessen des Kantons Graubünden eingesetzt, insbesondere in Bezug auf die Grenzsicherheit und für ein starkes Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG). Sie werden dies nach Kräften weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten tun. Die Regierung ist bestrebt, in einem sich stetig verändernden sicherheitspolitischen Umfeld, für die nötige Sicherheit innerhalb des Kantons zu sorgen. Dazu gehört auch die Gewährleistung der Sicherheit im Grenzraum und an den Landesgrenzen (Regierungsprogramm 2025-2028, Regierungsziel 4, ES 4.2). Die Mittel, die der Regierung und den kantonalen Behörden gegenüber dem Bund zur Verfügung stehen, und die Wirkung, die diese entfalten können, sind allerdings beschränkt (vgl. zu den Mitteln die Antwort der Regierung, Prot. Nr. 470/2025, vom 17. Juni 2025 zur Anfrage Menghini-Inauen betreffend Grenzsicherheit und Sicherung dezentrale Zollstrukturen).

Der Vollzug der Zollgesetzgebung, die Abfertigung von Waren, die Erhebung von Abgaben sowie die primäre grenzpolizeiliche Kontrolle im Rahmen des Warenverkehrs liegen gemäss Zollgesetz (ZG; SR 631.0) vollumfänglich beim Bund. Das neue Zollgesetz ist noch nicht in Kraft.

Die operative Ausgestaltung erfolgt durch das BAZG. Der Kanton hat in diesem Bereich keine Weisungsbefugnis, keine Personalverantwortung und keine Standortsoveränität.

Zu Punkt 1: Wie bereits in der Vergangenheit setzt sich die Regierung weiterhin für die spezifischen Interessen des Kantons Graubünden beim Bund ein. Im Grenzraum Graubünden besteht aufgrund der topografischen Besonderheiten eine längere Interventionstiefe. Das verlängert die Reaktionszeiten der Einsatzelemente. Die Regierung wird daher, auch in Anbetracht der Stationierungsschwierigkeiten von Fachkräften des BAZG, weiterhin die Sicherstellung angemessener Reaktionszeiten und Kontrolltätigkeiten mit dem dafür notwendigen Personal und die Beibehaltung der engen Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei einfordern.

Zu Punkt 2: Vgl. Einleitung, Antworten zu bisherigen Vorstössen und Antwort zu Punkt 1. Die Regierung wird den Bund insbesondere auf die wirtschaftlichen Folgen für die Unternehmen in den Grenzregionen hinweisen und deren Vermeidung einfordern, die bei Verzögerungen von Deklarationen und generell bei der Verzögerung oder der Zunahme administrativer Massnahmen bei der Verzollung des Warenverkehrs dieser Unternehmen entstehen können. Der Entscheid darüber verbleibt allerdings beim Bund.

Zu Punkt 3: Vgl. Einleitung und Antwort zu Punkt 1 und 2. Wie bis anhin auch setzt sich die Regierung sowohl in der KKJPD als auch im Projekt «Entflechtung 27» für die Interessen des Kantons Graubünden ein.

Zu Punkt 4: Vgl. Einleitung und Antwort zu Punkt 1, 2 und 3. Wie bereits in Antwort zu Punkt 2 ausgeführt, setzt sich die Regierung für die Interessen des Kantons ein. Der Entscheid über Zollstandorte und Weiterführung von Pilotprojekten verbleibt allerdings beim Bund.

Zu Punkt 5: Die Berichterstattung an den Grossen Rat erfolgt während der Legislatur 2025-2028 im Rahmen der Besprechung der Jahresprogramme und den Ausführungen zum Entwicklungsschwerpunkt "4.2 Sicherheit im Grenzraum und an den Landesgrenzen". Diese Berichterstattung beinhaltet eine kantonale Lageeinschätzung im Grenzraum in Bezug auf die Wahrnehmung der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Effekte und die Zusammenarbeit mit dem Bund. Im Bedarfsfalle werden die notwendigen Massnahmen durch den Kanton aufgezeigt.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Martin Bühler

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

**Incumbensa Menghini-Inauen concernent la preservaziun da las structuradas da duana decentralas
e da la segirezza dals cunfins en il chantun Grischun**

L'iniziativa dal chantun (incumbensa Hitz-Rusch) dal 2017 aveva pretendì d'engrondir sistematicamain il corp da guardias da cunfin. Empè da quai è il dumber dal persunal da l'Uffizi federal da la duana e da la segirezza dals cunfins (UDSC) en il Grischun vegnì reduci da 64 a mo pli 55 plazzas – malgrà l'importanza da la politica da segirezza per il territori da cunfin. Questa reducziun dal persunal vegn fatga en il rom dal project da transfurmaziun naziunal DaziT, che prevesa ina nova orientaziun digitala e structurala dal UDSC. La centralisaziun cuntinuanta e la reducziun dal persunal respectiva procuran, che la preschientscha statala en il territori da cunfin dal Grischun daventa cleramain pli flaivla. Il sentiment da segirezza subjectiv da la populaziun vegn indebli, la fidadad e la qualitat da la controlla da la duana sa reduceschan, perquai che la cumpetenzza da controlla manca al lieu. Plinavant procura l'utilisaziun da patruglias mobilas per temps da reacziun pli lungs.

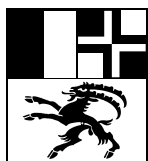
Cun il project «Detretschament 27» vul la Confederaziun a medem temp regular da nov la repartiziun da las incumbensas tranter la Confederaziun ed ils chantuns. Quai pertutga er il sector da la protecziun dals cunfins ed igl exista in privel smanatschant ch'i resultia ina largia operativa. Il chantun ha in cunfin naziunal da passa 430 km e passagis sensibilis areguard la politica da segirezza. Perquai exista qua il privel, che questas particularitads na vegnian betg resguardadas avunda e che las structuradas decentralas vegnian anc pli sut squitsch. Quest svilup pretenda ina posiziun clera, coordinada e prospectiva dal chantun envers la Confederaziun concernent in dispositiv da segirezza ch'è stabilì en moda decentrala ed abel da reagir svelt en il territori da cunfin e che tegna quint da las cundiziuns topograficas.

La Regenza vegn perquai incumbensada da s'engaschar – en il rom da sias cumpetenzas – a temp, en moda activa e coordinada sin tut ils nivels politics e d'autoritads per la preservaziun da las structuradas da duana decentralas e da la segirezza dals cunfins. En spezial duai la Regenza:

1. s'exprimer envers la Confederaziun (UDSC, DFF, cumissiuns parlamentaras cumpetentas) decididamain cunter ulteriuras centralisaziuns e reducziuns dal persunal da la duana e da la segirezza dal cunfin e demussar il basegn specific dal Grischun;
2. s'engaschar per ina realisaziun differenziada dal project DaziT, che resguarda las particularitads topograficas, da la politica da segirezza e da l'economia regiunala dal chantun e che rinforza structuradas decentralas;
3. s'engaschar – en il rom da la Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia e dal project «Detretschament 27» – per mantegnair ils interess chantunals areguard la concepziun da la polizia da segirezza en ils territoris da cunfin ed areguard la preschientscha ed abilitad d'intervegnir da la polizia da cunfin en il rom da la cunvegna administrativa;
4. s'engaschar tar ils posts cumpetents dal UDSC,
 - a) ch'ina controlla da duana adattada als basegns da l'economia regiunala saja garantida en il post da duana da Müstair sco er en ils auters posts da duana dal chantun;
 - b) che la midada sin l'axa dal Pass dal Fuorn en il sector regular dal project da pilot (utilisaziun da patruglias mobilas per la controlla da duana) vegnia anc ina giada examinada en moda critica;
5. rapportar al Cussegl grond ina giada per legislatura davart ils svilupps en il sector da la duana e da la segirezza dals cunfins sco er davart la defensiu dals interess chantunals envers la Confederaziun.

Cuira, ils 22 d'october 2025

Menghini-Inauen, Michael (Castasegna), Lamprecht, Adank, Bärtsch, Bavier, Berweger, Binkert, Brandenburger-Caderas, Brunold, Bundi, Candrian (Flem Vitg), Casutt, Censi, Cortesi, Crameri, Crüzer, Della Cà, Dürler, Furger, Gort, Grass, Heim, Jochum, Koch, Krättli, Lehner, Mani, Metzger, Padrun, Righetti, Roffler, Sgier, Thür-Suter, Zanetti (Sent)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

13 da schaner 2026

15 da schaner 2026

19/2026

Incumbensa Menghini-Inauen

concernent la preservaziun da las structures da duana decentralas e da la segirezza
dals cunfins en il chantun Grischun

Resposta da la Regenza

La tematica da l'incumbensa qua avant maun è durant ils ultims 10 onns pliras giadas vegnida tractada en intervenziuns parlamentaras dal Cussegl grond ed er en ina iniziativa dal chantun Grischun (e d'auters chantuns cunfinants). En quest connex ha la Regenza adina exprimì, ch'ella sustegna las finamiras da las intervenziuns parlamentaras dal Cussegl grond ed er agì conform a talas. Durant quest temp è uschia la Regenza e las autoritads chantunals s'engaschadas adina puspè activamain tar la Confederaziun per ils interess dal chantun Grischun, particularmain areguard la segirezza dals cunfins ed a favur d'in ferm Uffizi federal da la duana e da la segirezza dals cunfins (UDSC). En il rom da lur pussaivladads vegnan ellas a far quai er vinavant. La Regenza sa stenta da procurar per la segirezza necessaria entaifer il chantun en in ambient da la politica da segirezza ch'è suttaless a midadas permanentas. Latiers tutga er la garanzia da la segirezza en il territori da cunfin ed als cunfins naziunals (Program da la Regenza 2025–2028, finamira da la Regenza 4, punct central da svilup 4.2). Ils meds che la Regenza e las autoritads chantunals han a disposiziun envers la Confederaziun, e l'effect che tals pon avair, è però limitads (cf. davart quests meds: resposta da la Regenza, prot. nr. 470/2025, dals 17 da zercladur 2025 tar la dumonda Menghini-Inauen concernent la segirezza als cunfins e la garanzia da structures decentralas da duana).

L'execuziun da la legislaziun da duana, la controlla da rauba, l'incassament da taxas sco er la controlla primara da la polizia da cunfin en il rom dal traffic da rauba è cumplettaimain chausa da la Confederaziun, quai tenor la Lescha da duana (LD; CS 631.0). La nova Lescha da duana n'è anc betg en vigor.

La concepziun operativa vegn fatga tras il UDSC. En quest sector n'ha il chantun nagin dretg da dar directivas, nagina responsabladad per il persunal e nagina suveranità areguard il lieu.

Tar il punct 1: Sco gia fatg en il passà, s'engascha la Regenza vinavant tar la Confederaziun per ils interess specifics dal chantun Grischun. Pervia da las particularitads topograficas en il territori da cunfin dal Grischun resultan distanzas d'intervenziun pli lungas. Quai prolunghescha ils temps da reacziun dals elements d'acziun. La Regenza vegn perquai – er en vista a las difficultads da staziunar forzas spezializadas dal UDSC – a pretender er vinavant, ch'ils temps da reacziun e las activitads da controlla vegnian garantidas en moda adequata cun il persunal ch'è necessari per quai, e che la stretga collavuraziun cun la Polizia chantunala vegnia mantegnida.

Tar il punct 2: Cf. introducziun, respostas ad intervenziuns precedentas e la risposta tar il punct 1. En spezial vegn la Regenza a far attent la Confederaziun a las consequenzas economicas per las interpresas en las regions da cunfin. E pretender ch'i vegnian evitadas las consequenzas economicas che pon resultar en connex cun retards da decleraziuns, ed en general en cas d'in retard u augment da las mesiras administrativas per questas interpresas per declerar il traffic da rauba. La decisiun respectiva resta dentant chaussa da la Confederaziun.

Tar il punct 3: Cf. introducziun e respostas tar punct 1 e 2. Sco gia fin ussa s'engascha la Regenza en la Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia sco er en il project «Detretschament 27» per ils interess dal chantun Grischun.

Tar il punct 4: Cf. introducziun e respostas tar punct 1, 2 e 3. Sco gia explitgà en la risposta tar il punct 2, s'engascha la Regenza per ils interess dal chantun. La decisiun davart posts da duana e la cuntinuaziun da projects da pilot resta dentant chaussa da la Confederaziun.

Tar il punct 5: Il rapport al Cussegl grond vegn fatg entaifer il Program da la Regenza e plan da finanzas 2025–2028 en il rom da la discussiun davart ils programs annuals e las explicaziuns tar il punct central da svilup «4.2 Segirezza en il territori da cunfin ed als cunfins naziunals». Quest rapport cuntegna ina valitaziun chantunala da la situaziun en il territori da cunfin areguard la percepciun da la situaziun da segirezza, ils effects economics e la collavuraziun cun la Confederaziun. En cas da basegn vegnan las mesiras necessarias preschentadas tras il chantun.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa.



Il president:

Martin Bühler

En num da la Regenza

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incarico Menghini-Inauen concernente la garanzia delle strutture doganali decentralizzate e della sicurezza dei confini nel Cantone dei Grigioni

L'iniziativa cantonale (incarico Hitz-Rusch) del 2017 chiedeva un potenziamento mirato del corpo delle guardie di confine. L'effettivo di personale dell'Ufficio federale della dogana e della sicurezza dei confini (UDSC) nei Grigioni è stato invece ridotto da 64 a sole 55 unità, nonostante l'importanza delle aree di confine in termini di politica di sicurezza. Questa riduzione avviene nel quadro del progetto di trasformazione nazionale DaziT, che prevede un riorientamento digitale e strutturale dell'UDSC. La progressiva centralizzazione e la conseguente riduzione del personale comportano un sensibile indebolimento della presenza dello Stato nelle regioni di confine dei Grigioni. Il senso di sicurezza percepito dalla popolazione si indebolisce, l'affidabilità e la qualità delle operazioni doganali diminuiscono a seguito della mancanza di competenze di controllo in loco e l'impiego di pattuglie mobili comporta tempi di reazione più lunghi.

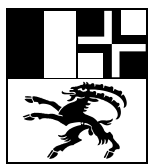
Al contempo, con il progetto «Dissociazione 27» la Confederazione mira a ridefinire la ripartizione dei compiti tra Confederazione e Cantoni. Ciò concerne anche il settore della protezione dei confini e vi è il rischio di una lacuna operativa. Nel Cantone dei Grigioni, con gli oltre 430 km di confine nazionale e valichi sensibili dal punto di vista della politica di sicurezza, vi è il rischio che queste peculiarità non vengano sufficientemente tenute in considerazione e che le strutture decentralizzate vengano messe ulteriormente sotto pressione. Questo sviluppo richiede un posizionamento chiaro, coordinato e previdente del Cantone nei confronti della Confederazione in relazione a un dispositivo di sicurezza decentralizzato e reattivo nelle aree di confine il quale tenga conto delle condizioni topografiche.

Il Governo viene perciò incaricato di impegnarsi tempestivamente, attivamente e in modo coordinato a tutti i livelli politici e di autorità per garantire, nei limiti delle sue competenze, le strutture doganali decentralizzate e la sicurezza dei confini. In particolare, il Governo deve:

1. pronunciarsi con decisione nei confronti della Confederazione (UDSC, DFF, commissioni parlamentari competenti) contro ulteriori centralizzazioni e riduzioni del personale nei settori della dogana e della sicurezza dei confini nelle aree di confine e illustrare il fabbisogno specifico dei Grigioni;
2. impegnarsi a favore di un'attuazione differenziata del progetto DaziT che tenga conto delle peculiarità topografiche, in materia di politica di sicurezza e di economia regionale e che rafforzi le strutture decentralizzate;
3. impegnarsi, nel quadro della Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia CDDGP e del progetto «Dissociazione 27», a favore della salvaguardia degli interessi cantonali per quanto riguarda l'organizzazione in materia di politica di sicurezza delle aree di confine nonché la presenza e la capacità di intervento della polizia di confine nel quadro dell'accordo amministrativo;
4. adoperarsi presso i servizi competenti dell'UDSC affinché
 - a) presso la dogana di Müstair nonché presso gli altri posti doganali del Cantone siano garantite operazioni doganali adeguate alle esigenze dell'economia regionale;
 - b) il passaggio al settore regolare del progetto pilota sull'asse del passo del Forno (impiego di pattuglie mobili per le operazioni doganali) venga nuovamente esaminato in modo critico;
5. presentare rapporto al Gran Consiglio, una volta per legislatura, in merito agli sviluppi nel settore della dogana e della sicurezza dei confini nonché alla salvaguardia degli interessi cantonali nei confronti della Confederazione.

Coira, 22 ottobre 2025

Menghini-Inauen, Michael (Castasegna), Lamprecht, Adank, Bärtsch, Bavler, Berweger, Binkert, Brandenburger-Caderas, Brunold, Bundi, Candrian (Flims Dorf), Casutt, Censi, Cortesi, Cramer, Crüzer, Della Cà, Dürler, Furger, Gort, Grass, Heim, Jochum, Koch, Krättli, Lehner, Mani, Metzger, Padrun, Righetti, Roffler, Sgier, Thür-Suter, Zanetti (Sent)



Seduta del

13 gennaio 2026

Comunicato il

15 gennaio 2026

Protocollo n.

19/2026

Incarico Menghini-Inauen

concernente la garanzia delle strutture doganali decentralizzate e della sicurezza dei confini nel Cantone dei Grigioni

Risposta del Governo

Negli ultimi dieci anni, il tema del presente incarico è stato più volte oggetto di interventi parlamentari in Gran Consiglio e anche di un'iniziativa cantonale del Cantone dei Grigioni (e di altri Cantoni di confine). Il Governo si è sempre dichiarato a favore degli obiettivi degli interventi parlamentari presentati in Gran Consiglio e ha agito in accordo con essi. In questi anni, il Governo e le autorità cantonali si sono impegnati attivamente e costantemente presso la Confederazione a favore degli interessi del Cantone dei Grigioni, in particolare in relazione alla sicurezza dei confini e per un Ufficio federale della dogana e della sicurezza dei confini (UDSC) forte. Continueranno a farlo nei limiti delle proprie possibilità. Il Governo mira a provvedere alla necessaria sicurezza all'interno del Cantone in un contesto di politica di sicurezza in costante evoluzione. Ciò comprende anche la garanzia della sicurezza nell'area di confine e ai confini nazionali (programma di Governo 2025-2028, obiettivo di Governo 4, PCSv 4.2). I mezzi a disposizione del Governo e delle autorità cantonali nei confronti della Confederazione e gli effetti che tali mezzi possono produrre sono tuttavia limitati (cfr. riguardo ai mezzi la risposta del Governo, prot. n. 470/2025, del 17 giugno 2025 all'interpellanza Menghini-Inauen concernente la sicurezza dei confini e la garanzia di strutture doganali decentralizzate).

Conformemente alla legge sulle dogane (LD; RS 631.0), l'esecuzione della legislazione doganale, lo sdoganamento di merci, la riscossione di tributi nonché il controllo primario della polizia di confine nel quadro del traffico merci sono integralmente di competenza della Confederazione. La nuova legge sulle dogane non è ancora in vigore.

L'organizzazione operativa avviene ad opera dell'UDSC. In questo settore, il Cantone non ha facoltà di impartire istruzioni, non ha nessuna responsabilità in relazione al personale e nessuna sovranità riguardo alla sede.

In merito al punto 1: come già in passato, il Governo continua a impegnarsi presso la Confederazione a favore degli interessi specifici del Cantone dei Grigioni. Per via delle peculiarità topografiche, nelle aree di confine dei Grigioni le distanze d'intervento sono maggiori. Ciò allunga i tempi di reazione delle unità di intervento. Anche in considerazione delle difficoltà relative agli stazionamenti di specialisti dell'UDSC, il Governo continuerà perciò a richiedere che siano garantiti tempi di reazione e attività di controllo adeguati da parte del personale necessario a questo scopo e che sia mantenuta la stretta collaborazione con la Polizia cantonale.

In merito al punto 2: cfr. introduzione, risposte agli interventi parlamentari precedenti e risposta al punto 1. Il Governo richiamerà l'attenzione della Confederazione in particolare sulle conseguenze economiche per le imprese delle regioni di confine risultanti in caso di ritardi nelle dichiarazioni e in generale in caso di ritardo o di aumento di misure amministrative nel quadro dello sdoganamento di merci di queste imprese e chiederà che tali conseguenze vengano evitate. La decisione in merito spetta tuttavia alla Confederazione.

In merito al punto 3: cfr. introduzione e risposta ai punti 1 e 2. Come finora, il Governo si impegna a favore degli interessi del Cantone dei Grigioni sia in seno alla CDDGP sia nel quadro del progetto «Dissociazione 27».

In merito al punto 4: cfr. introduzione e risposta ai punti 1, 2 e 3. Come già spiegato nella risposta al punto 2, il Governo si impegna a favore degli interessi del Cantone. La decisione in merito a posti doganali e alla prosecuzione di progetti pilota spetta tuttavia alla Confederazione.

In merito al punto 5: Nel quadro del programma di Governo e piano finanziario 2025-2028, il rapporto al Gran Consiglio viene presentato nel quadro della discussione sui programmi annuali e delle spiegazioni relative al punto centrale di sviluppo «4.2 Sicurezza nell'area di confine e ai confini nazionali». Questo rapporto contiene una valutazione della situazione a livello cantonale nell'area di confine con riguardo alla sicurezza percepita, agli effetti economici e alla collaborazione con la Confederazione. In caso di necessità, il Cantone illustrerà le misure necessarie.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Martin Bühler

Il Cancelliere:

Daniel Spadin